

Anträge an den Kreisparteitag der LINKEN am 19. November 2022

## **Grundsätze linker Kommunalpolitik – Kommunalpolitischer Ratschlag für eine soziale und ökologische Wende vor Ort**

### **Antragstext**

Der Kreisvorstand der LINKEN Marburg-Biedenkopf wird beauftragt, im 1. Quartal 2023 einen Kommunalpolitischen Ratschlag zu organisieren. Die Mitglieder des Kreisverbandes sollen zusammen mit Genoss\*innen aus den vier Fraktionen der Kommunalparlamente in Marburg, Biedenkopf, Kirchhain und im Kreistag Grundsätze erarbeiten, wie die Lebensqualität vor Ort verbessert werden kann und zugleich Schritte in Richtung einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft eröffnet werden. Grundlage eines solchen Ratschlages sind die kommunalpolitischen Programme vor Ort sowie das Grundsatzprogramm DER LINKEN.

### **Begründung:**

Nicht zuletzt durch den Austritt der Fraktion Marburger Linke aus der Regierungskoalition im Marburger Stadtparlament ist in der Kreisorganisation eine politische Kontroverse entstanden über die Grundsätze, nach denen Mitglieder DER LINKEN in den Kommunalparlamenten arbeiten. Im Zentrum steht die Frage nach der Verbindung von unmittelbaren Verbesserungen der Lebenssituation mit Strategien zur Überwindung der sich vertiefenden sozialen Spaltung der Gesellschaft, mit der Umverteilung von politischen und gesellschaftlichen Besitz- und Machtverhältnissen. In den hiesigen Kommunalparlamenten befindet sich DIE LINKE in der Opposition, hat aber in den vergangenen Jahren deutliche linke Akzente gesetzt. Neu steht aber besonders in Marburg die Frage, wie sich Oppositionspolitik gestaltet, nach der Erarbeitung eines Koalitionsvertrags (den wir mitunterschrieben haben) und anschließendem Austritt aus der Koalition.

Der vorgeschlagene Kommunalpolitische Ratschlag soll ähnlich organisiert werden wie der erfolgreiche Ratschlag des Jahres 2020.

## **Resolution 1**

### **Solidarität mit den Warnstreiks der IG Metall**

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie und den Forderungen ihrer Gewerkschaft IG Metall nach deutlichen Lohnsteigerungen. Diese Forderungen sind mit Blick auf die hohe Inflation, explodierende Energiekosten und stark steigende Nahrungsmittelpreise mehr als gerechtfertigt.

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Beschäftigten, die Krise ausbaden müssen, während andere im Reichtum schwimmen. Trotz Inflation und Krise: Ein Großteil der Arbeitgeber macht nach wie vor erhebliche Gewinne.

Der Kampf um höhere Löhne in der Metall- und Elektroindustrie dient zugleich allen Beschäftigten. Er trägt dazu bei, dass das Lohnniveau nicht ins Bodenlose fällt & viele Beschäftigte abgekoppelt werden.

DIE LINKE tritt dem Märchen von der Lohn-Preisspirale entgegen und unterstreicht, dass es nicht die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist, die die Inflation zu verantworten hat.

## **Resolution 2**

### **In der Krise: Für Soziale Gerechtigkeit und Frieden**

in diesen Tagen bangen Millionen Menschen um ihre Existenz. Viele fragen sich, ob sie zukünftig den Kühlschrank noch füllen oder die Heizung andrehen können. In diesen Tagen flattern bei vielen Menschen Briefe der Energieversorger ein, in denen der monatliche Abschlag um dreistellige Beträge erhöht wird. Die steigenden Preise treffen vor allem Beschäftigte, Rentner\*innen, Erwerbslose, Studierende und Schüler\*innen. Die Regierenden in Berlin und Wiesbaden versagen dabei, die Menschen vor den Folgen der Krise zu schützen. Wirksame Hilfen aus Berlin lassen lange auf sich warten, Entlastungspakete sind in Wirklichkeit Päckchen und bei vielen kommt die zu kleine Hilfe gar nicht oder viel zu spät an. Viele der Maßnahmen haben eine große soziale Unwucht. Es profitieren die Reichen und Besserverdienenden. Durchhalteparolen und Energiespartipps sind für viele Menschen in existenzieller Not blanker Hohn.

Die Preisexplosion sind auch durch den russischen Krieg in der Ukraine verursacht worden. Der Krieg ist ein Verbrechen und zu verurteilen, auch wenn er eine lange Vorgeschichte hat, in der auch der Westen und die NATO eine Rolle gespielt haben. Tod, Leid und Zerstörung: Die Folgen des Krieges sind schrecklich, vor allem für die Menschen in der Ukraine aber auch in der gesamten Region. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter diesem Krieg leiden – egal auf welcher Seite. Die Waffenlieferungen des Westens bergen die Gefahr einer weiteren Eskalation und einer Konfrontation zwischen Russland und der NATO mit unvorhersehbaren Folgen für die Welt.

DIE LINKE. fordert:

- Die Menschen entlasten: Inflationsgeld von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt). Verbot von Strom- und Gassperren sowie ein Kündigungsmoratorium, um Mieter\*innen zu schützen.
- Konzerne und Superreiche besteuern: Die Lasten gerecht verteilen. Die Extragewinne der Konzerne in der Krise müssen extra besteuert werden, eine einmalige Vermögensabgabe muss eingeführt werden, insgesamt Vermögen und Erbschaften gerechter besteuert werden.
- Die Preise deckeln: Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer.

- Klima- und Verkehrswende: Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand. Ausbau der erneuerbaren Energien. Der ÖPNV wird schrittweise kostenfrei, Bus und Bahn bauen wir aus.
- Ausweitung der Tarifbindung und höhere Reallöhne sowie eine Erhöhung der Mindestauszubildendenvergütung.
- Verstärkte diplomatische Bemühungen, damit die Waffen in der Ukraine endlich schweigen. Einsatz für Diplomatie, Verhandlungen und friedensschaffende Maßnahmen unter Berücksichtigung wechselseitiger Sicherheitsinteressen. Umwidmung des 100 Mrd. Sondervermögens für die Bundeswehr in ein Sondervermögen für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

### **Resolution 3**

#### **DIE LINKE bleibt dabei: Rückführung des Universitätsklinikums ist das Gebot der Stunde**

DIE LINKE fordert den Hessischen Landtag auf, dass UKGM per Gesetz auf der Basis des Artikels 15 Grundgesetz (Vergesellschaftung) wieder in öffentliches Eigentum zurückzuführen, wie es ein Rechtsgutachten der Gewerkschaft ver.di, der Rosa Luxemburg Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag als Möglichkeit aufgezeigt und eine Petition von 18.000 Unterzeichner\*innen aus der Region eingefordert hat. Sie kritisiert die schwarzgrüne Landesregierung mitsamt ihrer hiesigen Landtagsabgeordneten dafür, dass sie die Petition zur Rückführung im Hessischen Landtag abgelehnt haben, obwohl es in der Region einen parteiübergreifenden breiten Rückhalt für eine Rückführung in öffentliches Eigentum gibt.

DIE LINKE verurteilt das erpresserische Agieren der Rhön-AG und von Asklepios als Betreiber des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) beim Gezerre um eine neue Vereinbarung zwischen Land und Konzern. Schwarzgrün hat sich mit Ignoranz in die Hände von börsennotierten Aktiengesellschaften begeben und erpressbar gemacht. Für DIE LINKE ist klar, es darf keinerlei Zugeständnisse auf Kosten der Beschäftigten und der Beschäftigungssicherung geben.

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten am UKGM, die unter widrigen Bedingungen außerordentliches für unser aller Gesundheitsversorgung leisten und unterstützt alle Bemühungen zu Entlastung, mehr Personal und eine höhere Entlohnung.

## **Resolution 4**

### **Solidarität mit der AudiMax-Besetzung und End Fossil: Occupy**

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf solidarisiert sich mit den Aktivist\*innen von End Fossil: Occupy in Marburg und bundesweit! Wir betonen die zwingende Notwendigkeit, das träge "Weiter so!" im fossilen Kapitalismus auch mit kreativen Aktionen und zivilem Ungehorsam zu bekämpfen. Die Demokratisierung der universitären Lehrangebote von unten bietet die Möglichkeit, gemeinsam und solidarisch nach Wegen zu suchen, die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Wir hoffen, dass die Universität auch nach dem schnellen Ende der Besetzung Wege sucht, die Forderungen der Aktivist\*innen umzusetzen! Weiterhin verurteilen wir entschieden die hanebüchenen und beleidigenden Aussagen des Landtagsabgeordneten Dirk Bamberger, der den Aktivist\*innen "Meinungsfaschismus" vorwirft und damit der Gruppe End Fossil: Occupy nicht nur ihren eindeutig demokratischen Charakter abspricht, sondern auch die riesige Gefahr von rechtsaußen relativiert.

Besonders die Länder des globalen Südens leiden schon heute unter den Klimaveränderungen, während historisch und aktuell vor allem die europäischen und nordamerikanischen Staaten für den Großteil des Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind! Es geht darum, diese Zusammenhänge und damit einhergehende Unterdrückungsstrukturen und neokoloniale Abhängigkeiten sichtbar zu machen. Auch in Marburg gibt es den Bedarf, die Problematik der Klimagerechtigkeit, in der Gesellschaft und besonders in den schulischen und universitären Kontexten präsenter zu machen.

Wir fordern und stehen für ein entschiedenes politisches Eintreten auf allen Ebenen sowie eine deutliche Verstärkung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise. In Marburg gilt dies besonders für den Klima-Aktionsplan 2030, dessen Umsetzung von Tag zu Tag notwendiger und dessen Erreichung ebenso von Tag zu Tag unwahrscheinlicher wird. Wir betonen, dass es unerlässlich ist, auf der lokalen Ebene zur globalen strukturellen Veränderung beizutragen. Das 1,5°-Grad-Ziel ist alternativlos, der Kapitalismus und die herrschende Politik sind es nicht!